

Die nächste Universitätsreform ist schon da

Über die drei Reformen der letzten Jahrzehnte, die Schäden, die sie angerichtet haben, und einige Gründe, warum der erreichte Zustand so nicht bestehen bleiben kann¹

Heinz Steinert

Die aktuelle Universitätsreform war und ist nicht *eine* einheitliche Reform, sondern deren drei: Für die Universität am folgenreichsten ist sie als *Strukturreform*. Im Vergleich dazu ist die *Studienreform* eine Facette, deren Auswirkungen relativ leicht rückgängig gemacht werden können. Die Reform der *Forschungsfinanzierung* hat Folgen, die innerhalb der Universität die Struktur verändern, ansonsten aber weit über sie hinausreichen. Was sich bisher an diesen drei Reformen und ihren Wechselwirkungen beobachten lässt, schließt sich zu der Tendenz zusammen, die Universität nach oben in einen Elite- und Exzellenz-Bereich und nach unten in einen College-Bereich aufzuspalten. Es ist zu fragen, wie sich die Beteiligten dazu verhalten können.

¹ Wie der Titel andeutet, schließen diese Beobachtungen und Interpretationen an die seinerzeit in dieser Zeitschrift unter »Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt« mitgeteilten an. Teile des Textes wurden auch in einem Vortrag an der Universität Bielefeld im Rahmen der Tagung *Hat die Zukunft eine Universität?* am 18./19. November 2009 verwendet.

Ich spreche hier aus der Erfahrung der »Objekte« der Reform, derer, die gezwungen wurden, sie gegen besseres Wissen durchzuführen – im Gegensatz zur Perspektive der betriebswirtschaftlich orientierten Reform-Technokraten in Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Was ich dazu mitzuteilen habe, beruht auf umfänglicher teilnehmender Beobachtung, die ich mir lehrend und forschend als Professor, als Prüfungsamts-Vorsitzender, Dekan und Studiendekan an einer Universität, der Frankfurter, jahrelang und durch die Teilnahme an einer Evaluation sämtlicher Soziologien an Hessischen Universitäten im Rahmen des Evaluationsnetzwerks Wissenschaft (Enwiss; organisiert an der TU Darmstadt) punktuell vor einigen Jahren (2005) verschafft habe.

Mit dieser Unterscheidung der *drei* Reformen, die zeitgleich stattfinden, will ich darauf aufmerksam machen, dass die Studienreform nicht der problematischste Teil dessen ist, was mit den Universitäten geschieht. Sie hat in ihren Effekten genug Widersprüche, die auch wahrgenommen werden, wie die Studentenproteste zeigen. In Hessen haben studentische Aktionen immerhin dazu geführt, dass 2008 die Studiengebühren wieder abgeschafft wurden. Auch die Studienreform wird daher reformiert werden.

Die Studienreform des »Bologna-Prozesses« wurde autoritär den Fachbereichen aufgezwungen und realitätsfremd von den Akkreditierungs-Agenturen gesteuert. Sie hat vorhersehbar und von vielen (auf die nicht gehört wurde) vorhergesehen zu einem Zustand voller Widersprüche geführt. Die wichtigsten davon sind:

- Die Verschulung, eine zentrale Absicht der Reform, hat entgegen ihrem Versprechen die Orientierung im Studium nicht leichter, sondern bürokratisch komplizierter gemacht. Man kann für das erste Semester zwar statt eines Vorlesungsverzeichnisses einen Stundenplan verteilen und es damit den Anfängern ersparen, sich selbst aktiv über das Angebot zu informieren, das folglich auch gar keine Wahlmöglichkeiten vorzusehen braucht. Der standardisiert durchgeregelte Stundenplan unterstellt allerdings, dass Studierende fünf bis sechs Tage auf dem Campus verbringen. Bei Anreisezeiten bis zu einer Stunde, dem Fehlen von Aufenthaltsorten dort und der verbreiteten Tatsache des Teilzeit-Studiums ist das nicht sehr realistisch. Spätestens ab dem zweiten Semester führt die Notwendigkeit, seine Module in jeweils mehreren Veranstaltungen mit Anwesenheitskontrolle und Leistungsnachweis zu komplettieren, zu einer hoch komplexen Logistik, die ausgeprägte bürokratische Fertigkeiten verlangt – darunter die, bürokratische Anforderungen auszutricksen. (Bürokratie-Angepasstheit zu erwerben, ist ohnehin der heimliche Lehrplan des reformierten Studiums.)
- Es zeichnet sich ab, dass durch die BA-Reform die Drop-out-Raten nicht in allen Fächern sinken (die empirischen Befunde dazu sind erstaunlich uneinheitlich) und dass das Studium nicht verkürzt wird. Für die, die den MA machen, wird es definitiv verlängert. Die Rhetorik der notwendigen Verkürzung des Studiums bei der Durchsetzung des »Bologna-Prozesses« war ohnehin, sofern das den Studierenden als Vorteil angetragen wurde, angesichts der Arbeitsmarkt-Situation nicht ganz leicht zu verstehen: Für wen wohl kann es ein Gewinn sein, wenn mehr junge Leute früher im Leben in einen ohnehin verstopften Arbeitsmarkt geschleust werden und sich daher dort die Konkurrenz unter ihnen verschärft?

- Durch die Modularisierung wird Mobilität nicht erleichtert, vielmehr erschwert. Es gab in den Vor-Modul-Zeiten weniger Probleme, Scheine von anderen Universitäten im In- oder Ausland anzuerkennen, als jetzt, wo sie Modulen zugerechnet werden müssen. Die Idee des Moduls, das als »Black Box« übertragen und ausgetauscht werden kann, ohne dass man wissen müsste, wie es drinnen aussieht, wurde nicht einmal zu verwirklichen versucht.² Selbst die Module des Lehramts-Studiums sind etwa zwischen Frankfurt und Gießen – selbes Land, eine halbe Stunde Entfernung – nicht identisch.
- Dazu gibt es Probleme mit der Anerkennung des BA im Beruf wie erst recht international. Das Versprechen der Berufsorientierung, das für viele Studierende attraktiv ist, wird oft genug nicht einzulösen sein.

Das alles enthält Zündstoff genug. Die Studierenden wehren sich gegen diese Ruinierung ihrer Jugend und ihrer Zukunft. Die Studienreform wird reformiert werden. Ohnehin hat wenigstens in den Jahrzehnten, die ich überblicke, noch keine Reform länger als zehn Jahre gehalten.

Die radikale Veränderung besteht in der Reform der *Strukturen* der Universität und in der Reform der *Forschungs*-Organisation und -Finanzierung.

Studienreform und Strukturreform

Während viel von Studienreform geredet wurde und ihre Durchführung enorme Kosten an Wissenschaftler-Arbeitsleistungen verursachte, vollzog sich ohne viel Gerede schon seit den 1980ern eine weitreichende *Strukturreform*. Ihre Grundlage war eine Reihe von Änderungen der Hochschulgesetze (in Hessen Hessisches Universitätsgesetz und Hessisches Hochschulgesetz 1995, 1998 und 2000, auf Bundesebene Hochschulrahmengesetz 1985 und 1998), die ohne größere Diskussionen beschlossen wurden. Sofern es (meist eh ganz brave) Gegengutachten der Professoren gab, wurden sie beiseite geschoben. Es ist ohnehin bewährt, Gesetze, die die Universitäten betreffen, während der universitären Sommerpause unauffällig durch den Landtag zu bringen. Damit wurde die akademische Selbstverwaltung de facto abgeschafft und stattdessen eine mit Manager-Mythologie verbrämte Mono-

² Dafür muss man übrigens dankbar sein, wenn man sich vorzustellen versucht, welche Bürokratie nötig würde, um alle Module überall gleichzuschalten.

kratie des Präsidiums unter Beteiligung der lokalen Wirtschaft eingeführt. Das geschah auch sonst zum richtigen Zeitpunkt: Innerhalb weniger Jahre ging eine ganze Generation von Professoren, die der Erweiterungs-Reform der 1970er, in Pension. Das erfahrene Personal der 1970er-Reform schied aus und hatte kein so großes Interesse mehr an Universitäts-Politik – und die vielen Neuen, die seither einzustellen waren, konnten schlicht mit den neuen Bedingungen konfrontiert werden. Es war eine Generationen-Dynamik eigener Art, ein Generationen-Bruch, ohne den diese Reform nicht so einfach durchgegangen wäre und der von Politik und Verwaltung genutzt wurde.

Auf das Problem der Universitäten, das schlicht in Kapazitäts-Engpässen bestand, wurde also – durchaus paradox – mit der Abschaffung der Selbstverwaltung und mit dem Senken der Besoldung (im W-Schema) reagiert, dazu wurde als zusätzliche Aufgabe die Studienreform als »Bologna-Prozess« angeordnet, der etliche Jahre in Anspruch nahm. Als nächstes wurde die Forschungsförderung durch eine »Exzellenz-Initiative« umgekrempelt. Für das eigentliche Problem wurde erst spät und nebenher etwas getan: Nach der Einführung von Studiengebühren erwies es sich als unabweisbar, dass die Studienbedingungen verbessert werden mussten – die eingezogenen Gebühren wurden als QSL-Mittel (»Qualitätssicherung Lehre«) gewidmet und größtenteils in Hochdeputats-Stellen eingesetzt. Das waren »Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben« mit bis zu 18 Stunden Lehrverpflichtung vor allem im Grundstudium und mit (teils extrem kurz) befristeten, in Relation zu den Anforderungen schlecht honorierten, oft halbierten Verträgen. Aber durch dieses neue akademische Prekariat wurde die Lehrkapazität mit geringen Kosten drastisch erhöht. Der Hauptteil der Reformen war nicht eine Antwort auf das Kapazitäts-Problem der Universitäten, sondern ein Umbau durch die Wissenschaftsverwaltung und mit Machtgewinn für sie, der bei dieser Gelegenheit realisiert wurde. Die Folgen für die Personalstruktur sind gravierend:

Unter den Professoren findet man auch heute noch immer keine halbwegs koordinierte und durchdachte Politik gegen die Reform. Aber die Klagen über das, was ihnen da angetan wurde, sind inzwischen allgemein, auch bei den jungen. Das ist auch kein Wunder: Mit dem W-Schema wurden die Gehälter gesenkt, die Verbeamtung wird zumindest hinausgeschoben und der Druck der häufigen Evaluation macht das Arbeiten schwerer und hat besonders seinen Verwaltungs-Anteil erhöht. Das Ressentiment der neuen W- gegen die privilegierten C-Professoren (die in den letzten Jahren oft noch in letzter Minute nach diesem Schema eingestellt wurden) macht in den Fachbereichen das Leben nicht angenehmer. (In den Junior-

Professuren wird das W-Schicksal besonders krass vorgeführt.) Dazu ist die Lehre in den neuen, durchreglementierten Studiengängen nicht gerade einfacher und jedenfalls durch den Zwang zur jährlichen Wiederholung langweiliger geworden. Der Mittelbau kämpft, wenn überhaupt, mit dem Rücken zur Wand gegen die Tendenz, ihn auf »Ausstattung« zu reduzieren.

Dazu gibt es außer den vielen Reform-Verlierern eine kleine Gruppe von Reform-Gewinnern, die Exzellenz-Professoren, die außergewöhnliche Privilegien erhalten haben, die darin bestehen, sich am normalen Uni-Betrieb wenig beteiligen zu müssen. Mit den »Exzellenz-Clustern« wurde zugleich und unter der Hand die Struktur der Fachbereiche gravierend geändert: Sie haben jetzt Forschungsabteilungen mit einem Spezialthema, die weder inhaltlich in die wissenschaftliche Arbeit noch in die Lehre gut integriert und vom Fachbereich kaum zu beeinflussen sind, die aber zugleich als »Leuchttürme« dessen »Profil« bestimmen.

Am anderen Ende wurde mit der Erfindung der Hochdeputats-Stellen endlich auch etwas gegen die Kapazitäts-Engpässe in der Lehre getan – allerdings auf Kosten der Wissenschaft und auf Kosten der Leute, denen nichts anderes übrig bleibt, als diese Stellen anzunehmen.

Tatsächlich wurde in der Reform also eine Vierfach-Abstufung der Lehrenden an den Universitäten geschaffen:

- die *Exzellenzen* mit reduziertem Lehrdeputat;
- die *Normal-Professoren* in zwei Varianten:
 - beamtete C-Professoren (sie sind zwar eine Übergangserscheinung, aber der Übergang dauert an die zwanzig Jahre);
 - schlechter bezahlte, angestellte W-Professoren, die unter Evaluationsdruck stehen,³ besonders stark als Junior-Professoren oder sonst befristete;
- schließlich ein *akademisches Prekariat*, unterbezahlte Lehrende mit gar keinen oder Zeitverträgen (PDs, Vertretungs- und Gast-Profes, Lehrbeauftragte und »Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben« mit Deputaten

³ Als paradoxer Nebeneffekt ist zu erwähnen, dass aufgrund des Evaluations-Drucks nicht nur mehr Drittmittel-Projektanträge eingereicht werden müssen, man muss sich auch dauernd auf offene Stellen bewerben, auch wenn es nur darum geht, Bleibeverhandlungen führen zu können. In der Folge wird die Arbeit von Berufungskommissionen und die Konkurrenz-Situation für PDs schwieriger. (Der Zeitverlust durch nicht gelingende Berufungen ist für die schon bezahlten Profs kein Problem, für die meist prekär beschäftigten PDs schon.)

von bis zu 18 Wochenstunden), auf die der Großteil der BA-Lehre (und der Lehrerausbildung) abgewälzt wird. Dazu kommen Stipendiaten, wissenschaftliche Hilfskräfte und die Reste des früheren »Mittelbaus«, die zunehmend in diese Lehraufgaben einbezogen werden.

In der Reform wurde – und das war durchaus Programm – völlig überflüssige Konkurrenz (mit allen schlechten Beziehungen etwa von Neid und Ressentiment, die das zur Folge hat) angekurbelt und damit allen Beteiligten das Leben schwerer gemacht. Von Konkurrenz war die Narzissmus-Kultur der Universitäten immer bestimmt: Es ging dabei um Reputation (Luhmann), ein Gut, das auf gegenseitiger Kenntnis und Anerkennung beruht und eigentlich zumindest situativ fast unendlich vermehrbar ist, was die Konkurrenz entschärft. Die kleinen materiellen Vorteile, um deren Verteilung es an Ort und Stelle geht, sind Ausdruck solcher Hochschätzung: Die Konkurrenz darum kann durch Gleichverteilung suspendiert werden. Es muss auch nicht alles über einen Leisten geschlagen werden: Irgendein Verdienst hat jeder – wer weniger veröffentlicht, ist vielleicht ein guter Lehrer oder für treffende, witzige Zwischenrufe im Fachbereichsrat gut. Die formalisierte Konkurrenz nach Kriterien, die von der Verwaltung verstanden und »objektiviert« werden können und also nicht mehr auf der Interaktion zwischen Wissenschaftlern beruhen, geht ganz anders: Sie orientiert sich an wenigen messbaren Kriterien (Zahl und Gewicht der Publikationen, Höhe der eingeworbenen Drittmittel) und unterstellt, dass die von allen erfüllt werden müssen. Konkurrirt wird nicht mehr um Anerkennung unter Wissenschaftlern, sondern um das Wohlwollen der Verwaltung: Man muss sich vor der Verwaltung rechtfertigen. Darüber hinaus gibt es nach diesen Kriterien zwangsläufig vor allem Verlierer: Im Gegensatz zu Reputation ist der Spitzenplatz in einer eindimensionalen Rangreihe nicht vermehrbar. Die Konkurrenz wird bürokratisch, außengesteuert und defensiv – und hat dazu materielle Auswirkungen. Mit Wissenschaft und wissenschaftlicher Qualität hat das ohnehin alles nichts zu tun.

Wissenschaft in der (schlecht) verwalteten Welt

Wissenschaft, in der es um das Hervorbringen von Neuem geht, braucht eine spezielle Form von Freiheit: die Freiheit, gegen die herrschende Meinung einer persönlichen Obsession nachzugehen. Sie braucht auch die Freiheit, nicht dauernd Außenstehenden Rechenschaft geben zu müssen.

Der ziemlich eindeutige Satz »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei« aus Artikel 5(3) Grundgesetz ist dort schon eingeschränkt durch: »Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.« Im Hochschulrahmengesetz durften die »zuständigen Hochschulorgane«, also nach der Entmachtung der Selbstverwaltung vor allem die Präsidien, über die »Organisation des Forschungsbetriebes, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und ... die Bildung von Forschungsschwerpunkten« (§4(2)) und ebenso die »Organisation des Lehrbetriebes und ... die Aufstellung und Einhaltung von Studien- und Prüfungsordnungen« (§4(3)) entscheiden. Selbstverständlich, das ist extra angemerkt, durften sie dabei die Freiheit der Wissenschaft nicht antasten. Aber ebenso selbstverständlich berührt die Organisation des »Forschungsbetriebes« die Freiheit der Wissenschaft im Kern: Freiheit besteht nur, soweit sie organisiert wird. Wenn die Verwaltung inhaltliche Forschungsschwerpunkte setzen und sie bevorzugt ausstatten kann, entzieht sie allen anderen die Mittel und schränkt damit deren Freiheit der Forschung ein. Wenn sie die Summe der eingeworbenen Drittmittel zu einem Kriterium für die wissenschaftliche Leistung macht, zwingt sie alle in dieses Format der von außen finanzierten Projektforschung und benachteiligt diejenigen, die aus guten Gründen eine andere Art von Forschung vorziehen. Ich erinnere an die von Luhmann selbst berichtete Anekdote, nach der er bei der Übernahme seiner Professur in Bielefeld als sein Forschungsprojekt »Theorie der Gesellschaft; Laufzeit: dreißig Jahre; Kosten: keine«, angegeben hätte.

Nachdem dieser Tage Sachverhalte nur in betriebswirtschaftlicher Terminologie verständlich zu machen sind: Es handelt sich bei der Finanzierung von Wissenschaft um extremes Risikokapital. Die Universität hatte traditionell zur Bewältigung dieses Risikos eine ganz gute Lösung gefunden: Der Professor muss lehren und dafür wird er bezahlt. Aber diese Lehre soll sich auf zweierlei Weise mit Forschung verbinden: indem die Lehre auch in Lehr-Forschung besteht, also in Beteiligung der Studierenden an der Forschung, was beiden Beteiligten etwas bringen soll; und indem die Lehre nicht die ganze Arbeitskapazität auffrisst, sondern einen Rest für eigene Forschung freilässt. Damit bekam die Gesellschaft jedenfalls eine nützliche Leistung: die akademische Sozialisation und selektive Kooptation der nächsten Generationen, die mit entsprechenden Berechtigungs-Scheinen ausgestattet wird; und sie konnte in der verbleibenden Arbeitskapazität die Freiheit zugestehen, die für Wissenschaft nötig ist.

Dazu hätte die Universität gerade heute, wo Forschung überwiegend kommerziell oder durch Verwaltung und Politik vereinnahmt geschieht, die besondere Aufgabe, diese unmittelbar interessengesteuerten Ergebnisse kritisch zu prüfen und vor allem (zu diesem Zweck) einen Denkrahmen zu sichern, der nicht schon von den Selbstverständlichkeiten (der Verkäuflichkeit und der Verwaltung) bestimmt ist, die sich aus diesen Interessen ergeben. Sie hat also, um bei den Sozialwissenschaften zu bleiben, nicht die Aufgabe, selbst Umfrage-Massendaten zu erheben, sondern die ohnehin massenhaft erhobenen Daten dieser Art zu überprüfen und vielleicht sekundär auszuwerten. Sie hätte in der Neuro-Wissenschaft nicht die Aufgabe, mit den Bio- und Pharma-Labors der großen Firmen zu konkurrieren (oder ihnen gar zuzuarbeiten), sondern etwa die Handlungstheorie zu analysieren, die von der Hirnforschung vorausgesetzt wird, und andere Grundlagen-Fragen kritisch zu klären. »Grundlagenforschung« heißt nicht, den Firmen die Entwicklungsarbeiten abzunehmen, die denen zu teuer oder nicht sicher genug profitabel sind, sondern die gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten zu reflektieren und damit diskutierbar zu machen, die dort stillschweigend vorausgesetzt werden.

Die »Freiheit« der Wissenschaft als öffentliche Aufgabe rechtfertigt sich nur so: Sie soll die Freiheit sein, sich den herrschenden Selbstverständlichkeiten zu entziehen, sie selbst zum Gegenstand zu machen. Solche Reflexivität, die Untersuchung von gesellschaftlicher Herrschaft mit ihrem Wirken bis in die Begriffe hinein sollte in den Sozialwissenschaften daher der zentrale Gegenstand sein, sie wäre aber auch und besonders in den Naturwissenschaften nötig. Wissenschaft als *öffentliche* Aufgabe rechtfertigt sich nur so: Die öffentlich finanzierte und organisierte Wissenschaft reflektiert und kritisiert die kommerziell betriebene.

Die Reform des »Forschungsbetriebes« ist in Deutschland davon ausgegangen, einige wenige »Exzellenz-Universitäten« nach dem Muster von Harvard oder Stanford kreieren zu wollen. Als Begründung wurde damals der wirtschaftliche Effekt für den Standort genannt und besonders auf die Beziehung zwischen der Stanford University in Palo Alto und dem nahe gelegenen Silicon Valley verwiesen. (Silicon Valley fungierte damals noch als Mythos von (post-)industrieller Innovation.) Diesen Effekt, das sah man auch am missverstandenen Beispiel der USA, konnte man nicht von jeder beliebigen Universität haben, sondern nur von den wenigen besonders reichen. Einige wenige davon wollte man durch großzügige Geldzuwendungen schaffen. Bis das Programm umgesetzt wurde, dauerte es frei-

lich so lange, dass Silicon Valley als Erfolgs-Beispiel nicht mehr taugte. Außerdem stellte sich heraus, dass es schwer fällt, eine ganze Universität in allen Fachbereichen als »exzellent« einzustufen, und dass es daher Widerstand gab. Die Lösung war die Auflösung in »Exzellenz-Cluster«, die über mehrere Fächer, aber nicht mehr über ganze Universitäten reichen.

Das Exzellenz-Programm beruht auf mehreren Missverständnissen: Die reichen Privat-Universitäten der USA bringen nicht so sehr besonders gute Wissenschaft hervor, vielmehr macht es ihnen ihr Reichtum möglich, prominente Wissenschaftler einzukaufen. Sie haben auch nicht die klügsten Studenten, sondern die Kinder der Oberschicht und streng ausgewählte Leute aus anderen Schichten, die damit nach oben kooptiert werden sollen. Elite-Institute sind sie nicht so sehr nach akademischen Maßstäben, als durch ihre Fähigkeit, die herrschende Klasse zu reproduzieren, deren Angehörige sich hier persönlich kennenlernen und so den Grundstock ihrer nützlichen Beziehungen herstellen. Das wiederum hat zur Voraussetzung, dass die Leute auf dem Campus leben. Die angelsächsischen Universitäten erzeugen die besondere Kohäsion durch ihr Internats-System, das Gruppenerfahrungen und darüber eine starke Gefühlsbeziehung vermittelt. Die Oberschicht-Kinder, die so ihrer Universität verbunden bleiben, sorgen anschließend, wenn sie selbst in die Positionen gekommen sind, die ihnen nach Herkunft zustehen, weiter für deren Reichtum. Mit akademischer »Exzellenz« hat das alles nichts zu tun. Und es ist auch, selbst wenn man das wollte, nicht einfach nach Deutschland zu übertragen, wo zumindest bisher die herrschende Klasse weniger oligarchisch und plutokratisch organisiert ist.

Auch von der Organisationsform ist überhaupt nicht gesagt, dass viele Leute, die an einem Ort an einem bestimmten Thema arbeiten, dabei mehr zuwege bringen werden, als wenn sie das zum Beispiel über das ganze Land verstreut in lose verknüpfter Unabhängigkeit tun. Es ist nicht einmal sicher, dass mehr herauskommt, wenn mehr Leute an einem bestimmten Thema arbeiten, als wenn es wenige sind. Die Auswirkungen der damit verschärften Konkurrenz sind nicht leicht abzuschätzen, sie müssen aber nicht positiv sein. Jedenfalls ist eine »Lösung« für wissenschaftliche Konkurrenz, eigene Bereiche auszugliedern und die Kommunikation zwischen den Konkurrenten einzuschränken. Eine Auswirkung dieser »Klumpen«-Förderung ist aber gewiss: Die Themen der Forschung werden nicht mehr von den Wissenschaftlern bestimmt, sondern von der Wissenschafts-Verwaltung ausgewählt.

Eine zweite einschneidende Veränderung des »Forschungsbetriebes« ergibt sich aus der harmlos scheinenden Tatsache, dass die Drittmittel zu

einem entscheidenden Merkmal in der Evaluation der Professoren gemacht wurden. Damit sind alle gezwungen, dauernd Projekte zu entwerfen und einzureichen. Einerseits wird dadurch der »Betrieb« von Entwerfen–Einreichen–Begutachten–Ablehnen bei zugleich erhöhten Anforderungen an den Entwurf und längerer Dauer des Vorgangs bis zur Ablehnung vervielfacht. Andererseits machen damit die Universitäten den Forschungsinstituten, die sich eine Ablehnungsquote von auch nur zwei Dritteln einfach nicht leisten können, noch mehr Konkurrenz. Wenn mehr Kapazität für den Entwurf und die Begutachtung von Projekten gebunden wird, muss die für die tatsächliche Forschung verringert werden. Damit wird der außer-universitären Forschung das (Über-)Leben erschwert. Und es wird der Typus der bürokratischen Groß-Projektforschung möglichst im internationalen Verbund (als »akademisches Reisebüro«) durchgesetzt. Das alles zusammen ist jedenfalls in den Sozialwissenschaften kein Vorteil für die Qualität der Forschung.

Eine Facette der bürokratisch »objektivierten« Evaluation ist die falsche Internationalisierung – de facto die Unterwerfung unter die angelsächsische Hegemonie. Mag sein, dass in den Naturwissenschaften besonders eindrucksvoll und maßgeblich ist, was in den USA geforscht und auf Englisch veröffentlicht wird. In der Soziologie, der Germanistik oder der Osteuropa-Forschung ist das nicht der Fall.⁴ Zum Beispiel hat die angelsächsische Forschung zu Max Weber ein halbes Jahrhundert lang mit verfälschenden Übersetzungen und ohne Kenntnis des akademischen und politischen Umfelds im Preußen des Fin de siècle gearbeitet. Sie ist schlicht unbrauchbar bis irreführend, sofern sie nicht auf die Original-Texte rekurrierte und über das wilhelminische Deutschland und die unglückliche Entwicklung des deutschen Liberalismus historisch informiert war. Über die Peinlichkeit von Konferenzen, auf denen in einem notdürftigen Englisch, das durch verschiedene Muttersprachen unterschiedlich reduziert ist, über einen Gegenstand verhandelt wird, der außerhalb des angelsächsischen Bereichs liegt, etwa Hölderlin oder das Verhältnis von Nord- zu Süditalien, braucht man kein Wort zu verlieren. Der internationale Vergleich ist oft erhellend, aber nicht bei allen Fragen sinnvoll.

⁴ Was auf Englisch veröffentlicht wird, ist nicht unbedingt besser, sondern zunächst nur einfach mehr – und dominiert damit auch den zum Fetisch gemachten Citation Index und die Impact-Werte der Journale. Aber für viele Bereiche der Wissenschaft ist die angelsächsische und die sich in reduziertem Englisch verständigende Welt nicht die relevante Öffentlichkeit.

Die Reform der Forschungsfinanzierung geht mit dem Zwang zur Projektforschung und der Einrichtung von »Klumpen« solcher Projekte organisatorisch völlig an den Bedingungen vorbei, die von der Eigenart der Forschung als riskanter Arbeitsprozess mit offenem Ausgang benötigt würden. Sie zwingt Forscher in die Tätigkeit des Forschungs-Management, das zugleich bürokratisch aufwendig gemacht wird: Es besteht hauptsächlich darin, den Kontroll-Bedürfnissen der Forschungs-Verwaltung zuzuarbeiten – vom schon Bürokratie konform gestalteten Antrag über Zwischenberichte bis zur Schluss-Evaluation. Es wird viel Arbeitskapazität der Forschung selbst entzogen und auf Forschungs-Verwaltung gelenkt. Statt zu forschen schreiben wir Anträge und begutachten die anderer. Für die außeruniversitäre Forschung ist die verschärfte Konkurrenz fatal.

Wie soll das alles enden und was kann man dagegen tun?

Wenn wir etwas zurücktreten und das im Getümmel undeutliche Muster der drei interagierenden Reformen zu einem Bild verdichten, dann sieht es so aus, als würde mit dem Bachelor-Bereich eine untere Ausbildungseinheit von der bisherigen Universität abgeschichtet: ein verschulter Bereich, der von Lehrpersonal betrieben wird, das keine Kapazität für Forschung zur Verfügung hat. Hier sollen möglichst viele Studierende möglichst schnell mit einem Abschluss versorgt werden, der als »akademisch« gilt und den Zugang zu diesem Sektor des Arbeitsmarktes eröffnet – und das im Effekt wahrscheinlich noch als »Billig-Akademiker«. Man könnte vermuten, wir schaffen damit ein europäisches Gegenstück zum angelsächsischen College – bei gleichzeitig verkürztem Gymnasium eine neue Art der Vorbereitung auf den Zugang zum eigentlichen wissenschaftlichen Studium, das damit nur mehr Wenigen vorbehalten bleiben soll. Analog zu den Studierenden wird die Professorenschaft neu geschichtet: Exzellenzen nach oben, prekarierte Lehrkräfte nach unten, dazwischen »Normal-Professoren«, die um den Aufstieg konkurrieren.

Ich bin nicht Verschwörungstheoretiker genug, um anzunehmen, dass diese Schaffung eines akademischen Prekariats jemand heimlich so geplant hat. Öffentlich geredet wurde gelegentlich davon, dass es wieder Eliten und die entsprechende Bildung geben soll. Aber in der Hauptsache ging es darum, das Studieren und die zukünftigen Akademiker und ihre Marktgängigkeit zu verbessern und zu diesem Zweck die Produktionsabläufe an den Universitäten zu

rationalisieren – so wie wir derzeit halt »Rationalisierung« à la McKinsey verstehen: Personal einsparen, Konkurrenz verschärfen, Zielvereinbarungen, Dauer-Evaluation. Der wichtigste Antrieb der Reform war Sparen oder zumindest: die steigende Nachfrage ohne Mehrkosten zu bewältigen. Der Rest war Selbstlauf unter dem Übergewicht der Verwaltungs-Interessen. Die zumindest billigend in Kauf genommene Folge ist der Ansatz zur Ausdifferenzierung eines College-Systems, wie wir es derzeit beobachten können.

Die unangenehme Nebenfolge der Wildwüchsigkeit ist die Abwertung eines Teils des universitären Lehrpersonals, die durch interne Konkurrenz hergestellt wird. Das ist ein recht brutaler Vorgang mit hohen menschlichen Kosten, den man zumindest nach Möglichkeit abkürzen sollte. Er bedeutet, dass ein Teil des Personals sich als »Verlierer« und »Versager« verstehen muss, weil es ihm nicht gelingt, genügend Drittmittel an Land zu ziehen und genügend Veröffentlichungen in Journalen mit hohem »Impact-Faktor« zu placieren. Daher können sie sich nicht in die MA-Ausbildung oder in »Exzellenz«-Bereiche absetzen; sie müssen in der BA-Ausbildung bleiben. Wenn das Personal der zukünftigen Colleges so ausgewählt wird, kann man sich vorstellen, mit welcher Begeisterung diese Einrichtung betrieben wird. Eine kluge Reform würde das College mit dem BA-Abschluss als neue Einrichtung mit neuen Lehr-Aufgaben und ohne Drittmittel- und Publikations-Druck vorstellen und dafür ein Personal gewinnen, das sich dieser Aufgabe der Vorbereitung auf »angewandte Wissenschaft« und für einen kleinen Teil auf den Zugang zur wissenschaftlichen Forschung widmen *möchte*.

Könnte man sich dazu entschließen, geplant und bewusst einen solchen Bereich zwischen Gymnasium und Forschungsuniversität einzurichten, müsste man die besonders »angewandten« Teile der universitären Ausbildung auch hier hin verschieben, am besten, indem man sie nach angelsächsischem Vorbild als »Schulen« deklariert: In erster Linie wäre das die »Wirtschafts-Schule«, dann die »Rechts-Schule«, vielleicht noch eine »Verwaltungs-Schule« und schließlich die »Erziehungs-Schule«, alle mit BA-Abschluss. Das »College« im engeren Sinn wäre für die Geisteswissenschaften zuständig. Dort wäre dann auch der Ort für die »Bildung«, die im instrumentellen Wissen untergeht, an dem sich die derzeitige Reform ausrichtet. In Deutschland gibt es schon das Vorbild der vielen Fachhochschulen, an die sich der BA-Bereich der Universitäten anpassen könnte. Übrigens bekämen die Schulen natürlich alle englische Namen: Business School, Law School, School of Administration and Public Management, School of Education und das Liberal Arts College.

Diese De-facto-Einführung eines Bereichs von »Colleges« und »Schulen« durch Konkurrenz und Abwertung beim Personal könnte auch damit beantwortet werden, dass in der nächsten Reform der BA auf vier Jahre verlängert und damit aufgewertet wird. Der Gedanke taucht in Gesprächen und öffentlichen Äußerungen auf: Es wird bedauert, dass man das bei der Einführung nicht gleich getan hat. Das stärkste Argument dafür wäre, dass der BA damit international anerkannt würde – und dass es faktisch ohnehin so lang dauert, bis der Abschluss erworben wird. Damit wäre dann der Zustand vor der Reform glücklich wieder hergestellt. Allerdings bliebe der MA- und Exzellenz-Bereich erhalten, der damit besonders elitär würde. Er würde als Verlängerung an die bisherige Studienzeit angeschlossen.

Der Schaden, der in der Forschung angerichtet wurde, ist sehr schwer wieder gutzumachen. Das bürokratische Projekt-Format mit Drittmittel-Einwerbung wurde zum Normal-Format von Forschung überhaupt gemacht. Die Forschungs-Verwaltung hat die Forschung überwuchert. Forschung wurde zugleich intern zu einer Konkurrenz-Veranstaltung umorganisiert, in der es überwiegend Verlierer gibt. Die außeruniversitäre Forschung wird vom Drittmittel-Druck innerhalb der Universitäten unter größeren Konkurrenzdruck gesetzt, in dem sie wahrscheinlich nicht überleben kann, ohne sich zu kommerzialisieren. Die eigentliche Aufgabe der universitären wissenschaftlichen Arbeit, nämlich unabhängig von Konkurrenz und (fachlicher wie kommerzieller) Verkäuflichkeit den »Forschungsbetrieb« und seine Ergebnisse kritisch zu reflektieren und damit neue Wege aufzutun, wird unmöglich gemacht.

Am schwersten, fast unmöglich wird es freilich sein, die Macht und den Umfang der Wissenschafts*verwaltung* je wieder zu verringern. Verwaltung – ich habe es anfangs erwähnt – ist besonders reformresistent. Einmal losgelassen hat sie die Tendenz, sich immer komplizierter zu machen und damit neue, sekundäre Bereiche anzulagern. In den Universitäten wurde sie durch die Selbstverwaltung in Grenzen gehalten. Das ist vorbei. Das Übergewicht der Verwaltung macht die Universitäten tendenziell für kritische, reflexive Wissenschaft ungeeignet.

Vernachlässigte Fragen der Inhalte von akademischer Bildung

Abgesehen von solchen internen Widersprüchen wagt man kaum darauf zu hoffen, dass die Universität, so wie die Schule überhaupt, die Realität der europäischen Einwanderungs- und Arbeitslosigkeits-Gesellschaft zur

Kenntnis nehmen und sie in der nächsten Reform verarbeiten könnte. In der laufenden Reform wurde das jedenfalls eklatant versäumt. In kürzerer Zeit mehr Akademiker für einen ohnehin schon überfüllten Arbeitsmarkt produzieren zu wollen, spricht nicht für besondere Realitätstüchtigkeit. Auch nicht die Verleugnung der Tatsache, dass man einen Abschluss entwertet, wenn man ihn inflationiert, und damit nur die Konkurrenz hochtreibt. Die Wirklichkeit wird auch verfehlt, wenn man die Unterschiede zwischen den Wissenschaften vernachlässigt.

Die nächste Reform könnte in drei Punkten die blinden Flecken der jetzt laufenden Reform aufheben: in der Berufsorientierung, in der Traditionsbildung und in der Differenzierung der Wissenschaften.

– Realitätstüchtig wäre die Einsicht, dass die Schule und besonders die Universität mit dem Arbeitsmarkt höchst kompliziert zusammenhängt: Das lässt sich nicht auf die Formel reduzieren, man müsse die Ausbildung »an die Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen«.

Erstens sind schon diese »Bedürfnisse der Wirtschaft« unklar, vielfältig und sie ändern sich häufig und rasch.

Zweitens wirkt die seit einem Jahrhundert zunehmend verlängerte Beschulung und Ausbildung weniger als Vorbereitung auf Berufe, die in der alten, lebenslangen Form gerade tendenziell abgeschafft werden, sondern vor allem als Puffer, indem sie dem Arbeitsmarkt die jungen Leute entzieht. Man sollte diese zweite Funktion ernst nehmen und sich fragen, wie man diesen Arbeitsmarkt-Puffer sinnvoll gestalten kann. Es wäre insgesamt realitätstüchtig, die Politik nähme zur Kenntnis, dass sich die Zahl der Lohnarbeitsplätze nicht auf dem Arbeitsmarkt und nicht in der Ausbildung vermehren lässt. Dazu ist die unendliche Vermehrung der Lohnarbeit ein Ziel, das weder sinnvoll noch erreichbar ist, aber schon der Versuch wirkt für Gesellschaft und Natur fatal. Wir müssten uns heute Gedanken machen, wie sich die anderen Formen der Arbeit, auf denen der gesellschaftliche Reichtum wirklich beruht, also Hausarbeit, Gemeindegarbeit und Arbeit an der Zukunft der Gesellschaft, stärken und ermöglichen lassen.

Drittens wirkt das Schulsystem und darin auch die Universität in einer herrschaftlich organisierten Gesellschaft von Ungleichen legitimierend, indem sie »Versager« erzeugt, die selbst schuld sind, wenn der Arbeitsmarkt sie nicht aufnehmen kann. Das kann man nicht dadurch aufheben, dass möglichst viele Leute immer höhere Abschlüsse machen. Damit wird nur der jeweils erreichte Abschluss entwertet und die Konkurrenz verschiebt sich auf den nächsthöheren. Irgendwann muss, wie es auch in der derzeitigen Reform

geschieht, die Leiter verlängert werden: Schon seinerzeit wurde dem Doktorat, das der einzige akademische Abschluss war, das Diplom vorgeschaltet. Wenn zu viele Leute das Diplom machen, muss man eine neue Stufe, den BA, vorschalten und am oberen Ende weitere Elite-Stufen erfinden. Diese Dynamik ist nur zu stoppen, indem die Fiktion aufgegeben wird, die Ausbildung diene der beruflichen Qualifikation und müsse mit höherem Lohn honoriert werden. Eine Abkopplung der Entlohnungen vom erreichten Ausbildungs-Zertifikat würde die Schulen und Universitäten von Ansprüchen entlasten, die sie ohnehin nicht erfüllen.

– Das gesamte europäische Bildungssystem bekommt eine sehr anspruchsvolle Aufgabe der Traditions-Vermittlung, wenn verschiedene Traditionen zusammengeführt und zu einer neuen, gemeinsamen entwickelt werden müssen. Es hat in jeder Einwanderungsgesellschaft eine herrschende Tradition gegeben, aber die ließ sich nie unmodifiziert allen aufpressen – dieser Versuch wird scheitern und besonders viele »Versager« erzeugen, denen dann vorgeworfen werden kann, sie wollten sich ja nicht integrieren. Die europäische Tradition, die von den Schulen bis zur Universität vermittelt werden soll, muss erst erfunden werden, muss sich erst entwickeln. Das ist eine große Aufgabe gerade der Universitäten.

– Internationale, kumulative, fabrikmäßig organisierte, im Wettlauf darum, wer zuerst publiziert und patentiert, stattfindende Forschung mag vielleicht den Naturwissenschaften angemessen sein; die im Medium von Sprache stattfindenden, mit einer lokalen Gesellschaft und den großen Unterschieden zwischen den Kulturen beschäftigten Geistes- und Sozialwissenschaften werden von einer solchen Organisation eher behindert als gefördert. Es ist schon notwendig, den Provinzialismus und die nationalen Bornierungen durchzulüften. Aber es ist verkehrt, so zu tun, als lebten alle Leute so wie der internationale Jet-Set der Groß-Konzerne und der Groß-Wissenschaft auf Flughäfen und in Hotel-Lobbies. Gesellschaft findet lokal statt. Die großen Unterschiede zwischen den Kulturen – schon innerhalb einer Gesellschaft, erst recht im Vergleich der Länder und Kontinente – können nicht durch behaupteten Internationalismus geleugnet werden, sie und die Gemeinsamkeiten, die sich nach und durch Anerkennung der Unterschiede herstellen lassen, sind vielmehr Gegenstand der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung.

Aus dem allen ergäbe sich, dass die Ausrichtung der Schulen und Universitäten auf den Arbeitsmarkt besonders töricht ist, dass »Bildung« – freilich eine andere als die Humboldtsche »Nationalbildung« des 19. Jahrhunderts – heute gesellschaftlich so notwendig ist wie nie.